

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) hat sich von ihrer Beteiligung an der **SV Sparkassen-Versicherung Holding AG (SV)** getrennt. Erwerber des 3,1-prozentigen Anteils war die SV selber, deren Eigentumsverhältnisse nun folgendermaßen aussehen: Sparkassen-Beteiligungen Baden-Württemberg GmbH 63,3 Prozent, Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen 33 Prozent und Sparkassenverband Rheinland-Pfalz 3,7 Prozent.

Die **VR-Leasing AG** hat ihre Tochtergesellschaft **VR Bauregie GmbH** an die AIP Consulting Unternehmensgruppe in Düsseldorf **veräußert**. Dieser Verkauf ist Teil der strategischen Neuausrichtung der VR-Leasing, die sich künftig ausschließlich auf Finanzdienstleistungen für die genossenschaftliche Finanzgruppe und deren mittelständische Kunden konzentrieren soll.

BNY Mellon hat die verbliebenen 50 Prozent der Anteile des Joint-Ventures **WestLB Mellon Asset Management** von der **Portigon AG** erworben. Die WestLB Mellon Asset Management war 2006 als paritätisches Joint Venture zwischen BNY Mellon und WestLB AG entstanden und verwaltet ein Anlagevermögen von über 25 Milliarden Euro.

Die Schweizer Großbank **Credit Suisse** verkauft ihre Londoner Vermögensverwaltungstochter **Clariden Leu Europe** an die Schweizer **Falcon Private Bank**. Zum Verkaufspreis haben die Unternehmen keine Angaben gemacht.

Zweieinhalb Jahre nach der grundsätzlichen Entscheidung für einen Rettungsfonds für angeschlagene Euro-Staaten ist der dauerhafte **Rettungsschirm ESM** beim Euro-Finanzministertreffen am 8. Oktober **aus der Taufe gehoben** worden. Jean-Claude Juncker wurde zum Vorsitzenden des Gouverneursrats gewählt, der aus den Finanzministern der 17 Euro-Staaten besteht und in Luxemburg zur konstituierenden Sitzung zusammengekommen war. Der ESM soll die provisorische Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ablösen, die noch die laufenden Hilfsprogramme für Irland, Portugal und Griechenland weiterbetreibt. Das anfängliche Stammkapital des ESM beträgt 700 Milliarden Euro. Dabei entfallen auf Deutschland 27,146 Prozent respektive 190 Milliarden Euro. Die Ratingagentur Fitch hat den Rettungsschirm mit der Bestnote AAA bewertet.

8. Oktober 2012 bis 22. Oktober 2012

Zu einem nicht genannten Betrag verkauft der niederländische **ING-Konzern** sein **britisches Direktbankgeschäft** an **Barclays**. Dabei übernimmt die britische Großbank rund 1,5 Millionen Kunden von ING Direct UK mit einem Einlagenbestand von umgerechnet 13,4 Milliarden Euro sowie 750 Mitarbeiter. Die regulatorische Genehmigung soll im zweiten Quartal 2013 abgeschlossen sein. Vorbehaltlich der behördlichen Genehmigungen veräußert der niederländische Finanzkonzern darüber hinaus seine **malaysische Versicherungsaktivitäten** für umgerechnet fast 1,3 Milliarden Euro an die asiatische Versicherungsgruppe **AIA**.

Das **Bundeskabinett** hat den Entwurf eines Ausführungsgesetzes zur EU-Verordnung über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (**EMIR-Ausführungsgesetz**) **beschlossen**. Mit einer vor Kurzem erlassenen EMIR-Verordnung, die in den Mitgliedstaaten unmittelbar gilt, setzt die EU ihrerseits Beschlüsse der G20 zur Regulierung des OTC-Derivatehandels um.

Nach wie vor bewertet **Fitch** die **Deutsche Bank** mit dem Langfrist-Rating „A +“ und einem stabilem Ausblick. Die Agentur begründet die Rating-Bestätigung unter anderem damit, dass die Übernahme der Postbank die Liquiditätsversorgung über das Retailgeschäft verbessere.

Angesichts der relativ schwachen Wachstumsaussichten in der gesamten Versicherungsbranche plant die **Ergo** Versicherungsgruppe für 2013 den Abbau von insgesamt 200 Stellen im Innendienst. Für die Jahre 2014 und 2015 ist darüber hinaus ein **Stellenabbau** in gleicher Höhe in die Planfortschreibung eingestellt. Das Unternehmen weist darauf hin, dass die Maßnahmen jährlich fortlaufend überprüft werden sollen.

Der **Bundesrat** hat eine gesetzliche **Deckelung der Überziehungszinsen** von Girokonten **abgelehnt**. Der Vorstoß der Länder Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg und Sachsen-Anhalt fand in der Länderkammer somit keine Mehrheit.

Im Zuge einer **Umplatzierung** bestehender Aktien der **Merkur Bank KGaA** hat der bisherige Hauptaktionär Berndt-Ulrich Scholz seine knapp 50-prozentige Beteiligung vollständig veräußert. Organisiert durch die Baader Bank AG wurden die Aktien auf mehrere Investoren, bestehend aus institutionellen und privaten Anlegern mit langfristigem Anlagehorizont, übertragen. Das Transaktionsvolumen belief sich auf rund 12,18 Millionen Euro.

Das Bundeskabinett hat die **Verlängerung** des Finanzmarktstabilisierungsfonds **SoFFin** bis Ende 2014 **beschlossen**. Mit dem Dritten Finanzmarktstabilisierungsgesetz soll die Möglichkeit, Stabilisierungsmaßnahmen des SoFFin zu erhalten, bis zum Inkrafttreten der einheitlichen europäischen Restrukturierungsvorgaben für Banken verlängert werden. Anträge beim SoFFin können nach dem derzeit geltenden Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz nur bis Ende 2012 gestellt werden. Eine wichtige Neuerung des Gesetzes ist, dass bei künftigen Rettungsmaßnahmen die Beiträge der Bankenabgabe auch für mögliche Verluste aus eventuellen künftigen Stabilisierungsmaßnahmen des SoFFin genutzt werden können. Damit sollen die Belastungen des Steuerzahlers verringert werden.

Für einen symbolischen Preis von einem Euro verkauft **Crédit Agricole** die griechische Tochter **Emporiki Bank S.A.** an die **Alpha Bank A.E.**, Athen. Die französische Großbank wird 550 Millionen Euro zur Rekapitalisierung von Emporiki beisteuern und für 150 Millionen Euro Wandelanleihen der Alpha Bank zeichnen. Bereits im Juli dieses Jahres hatte Crédit Agricole bei der griechischen Tochter eine Kapitalerhöhung über 2,3 Milliarden Euro vornehmen müssen.

Die französische Regierung hat die Gründung einer staatlichen **Investitionsbank** beschlossen. Die **Banque Publique d'Investissement (BPI)** soll durch die Zusammenfassung bestehender Einheiten geschaffen werden und unter der Federführung der staatlichen Beteiligungsgesellschaft Caisse des Dépôts stehen. Angeschlossen werden der französische Staatsfonds FSI sowie die öffentliche Mittelstandsbank Oséo. Ab Anfang 2013 soll die BPI kleinen und mittelständischen Unternehmen nach dem Vorbild der KfW-Bankengruppe mit Krediten und Kapital helfen.